



Stefan Nolte ist neuer Vorsitzender

Vorstand, Delegierte und Kandidaten für den Personalrat gewählt – Ehrungen verdienter Mitglieder

Die diesjährige Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe PD Neustadt fand in Bad Dürkheim statt. Bei den anstehenden Wahlen formierte sich der Kreisgruppenvorstand im Wesentlichen neu.

Als Vorsitzender wurde **Stefan Nolte** und zum stellvertretenden Vorsitzenden **Holger Bambach** gewählt; beide verrichten ihren Dienst bei den Zentralen Verkehrsdiensten. Ebenfalls neu im Vorstand ist **Regina Blitt** (PI Neustadt) als Schriftführerin. Die Kasse liegt weiterhin in den bewährten Händen von **Rüdiger Gündra** (KI Neustadt).

Stefan Nolte und Bezirksgruppenvorsitzender **Udo Fremgen** dankten den scheidenden Vorstandsmitgliedern – allen voran dem bisherigen Vorsitzenden **Marcus Reif** für ihre Arbeit.

Die Versammlung hat die Delegierten zur Bezirkskonferenz und die Kandidaten für die Personalratswahlen 2017 (Hauptpersonalrat und Gesamtpersonalrat) gewählt. Die Wahl der Kandidaten für den Örtlichen Personalrat wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Heinz Jochim: 60 Jahre GdP

Im Rahmen der von unserem Bezirksgruppenvorsitzenden Udo Fremgen souverän geleiteten Mitgliederversammlung wurden **Heinz Jochim** für 60 Jahre Mitgliedschaft und **Sigrid Steinmetz** für 25 Jahre geehrt.

Die weiteren Jubilare unserer Kreisgruppe waren: Hannelore Nothhof, Gerd Stürmer, Albert Karbstein, Gerhard Wollnik, Manfred Seckler (40 Jahre Mitgliedschaft), Stefanie Galante, Peter Wenz (25 Jahre Mitgliedschaft). Nach einem gewohnt interessanten und informativen Referat von Heinz Werner Gabler vom GdP-Landesvorstand folgte eine rege Diskussion, insbesondere zu den Themen „GAP – Gesünderes Arbeiten in der Polizei“ und Personal. Die Versammlung klang mit einem gemeinsamen Essen aus. **Stefan Nolte**



Gut gelaunt in die neue Amtszeit. V. l. n. r.: Rüdiger Gündra, Regina Blitt, Holger Bambach und Stefan Nolte

Foto: KG PD Neustadt

REDAKTION: WICHTIGE ZAHLEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Ausgabe der Landes-DP setzt einen Schwerpunkt auf die GdP- und Personalratsarbeit vor Ort in den Kreisgruppen.

Die Landesebene ist sicher wichtig, aber vor Ort in den Kreis- und Bezirksgruppen spielt die Musik, wird GdP direkt erfahrbar. Eine Nachricht auf Landesebene muss aber auf Seite 1 dieser Ausgabe.

Wichtige Nachricht aus der Staatskanzlei:

Der GdP-Vorsitzende **Ernst Scharbach** hatte in einem Brief an die Ministerpräsidentin eingefordert, die Einstellungslinie von 500 jährlich mit einem Personalziel zu verbinden.

Kurz vor Redaktionsschluss ist der lang erwartete Antwortbrief aus

der Staatskanzlei bei der GdP eingetroffen.

9160 VZÄ in 2021

Ministerpräsidentin Malu Dreyer teilt ganz unmissverständlich mit, dass die Polizei RP 2021 eine Stärke von 9160 VZÄ haben soll. Wenn dies mit 500 Einstellungen p. a. absehbar nicht erreichbar sein wird, wird rechtzeitig nachgesteuert.

Damit hat die Polizei eine Planungsgröße, mit der man arbeiten kann. Gemessen an den 8800 VZÄ, die uns das Finanzministerium in 2015 zugestanden hat, ist das eine Verbesserung um 360 VZÄ. Das kann sich sehen lassen. Addiert man noch die 350 hinzu, die wir durch den „Runden Tisch“ in 2012 erreicht haben, kann man durchaus in aller Bescheidenheit von einem Erfolg sprechen.

Bernd Becker, Redakteur



Mit Information überzeugen

Der Fachausschuss Tarif hat einen Werbeordner erstellt, der Tarifbeschäftigte in der Polizei von einer Mitgliedschaft in der weltweit größten Polizeigewerkschaft überzeugen soll.

Der Ordner ist mit vielen Informationen ausgestattet und gibt einen Überblick über die Arbeit der GdP in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene. **René Klemmer**, Vorsitzender des Fachausschusses, hat den Ordner auf einer Bundesveranstaltung vorgestellt. Die Resonanz war sehr gut; viele Landesbezirke schließen sich der Werbeaktion an.

Margarethe Relet, zuständiges Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand für den Tarifbereich: „Das ist eine tolle Aktion. Mit diesem Werbeordner können wir insbesondere neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen und ihnen die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GdP darstellen. Aber auch für Kolleginnen und Kollegen im



Ein überzeugtes Neumitglied ist **Katharina Weber** (rechts). **Jens Paulus** ist und bleibt ihr Ansprechpartner – mit viel Know-how und einer starken Gewerkschaft im Hintergrund.

Bestand zeigt der Ordner starke Argumente für eine Mitgliedschaft auf.“

Jens Paulus, Mitglied im Fachausschuss Tarif und Personalratsvertreter für die Tarifbeschäftigten im GPR des PP Westpfalz, hat mit diesem Werbeordner die neu eingestellte Kollegin

Katharina Weber für eine Mitgliedschaft in der GdP begeistern können. Mit Freude hat sie das Werbegeschenk – einen gut gefüllten Rucksack – in Empfang genommen.

Der FA Tarif sagt: „Herzlich willkommen und alles Gute für die Zukunft.“

Glücklich angekommen

Die Kollegin Andrea Leismann bedankte sich bei einem Besuch der GdP-Tarifvertreter Jens Paulus und Margarethe Relet für deren Einsatz in ihrer Versetzungssache.

Kollegin Leismann, seit über 25 Jahren Beschäftigte der Polizei Rheinland-Pfalz, ist aus persönlichen Gründen mit ihrer Familie nach Kaiserslautern umgezogen. Nachdem die Betreuung ihres Kindes nicht mehr erforderlich war, hatte sie den Wunsch, vom PP Trier zum PP Westpfalz versetzt zu werden. Ein langjähriges Hin und Her nahm seinen Lauf. Das PP Trier wollte sie und ihre Stelle nicht abgeben, das PP Westpfalz hatte keine frei, stellte aber von außen Neue ein. Eine 25-jährige Beschäftigung bei der Polizei war anscheinend nicht Garant genug, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Nach vielen Gesprächen, insbesondere durch den Vertreter des GPR im PP Westpfalz, **Jens Paulus**, gelang die Versetzung dann doch endlich.

Andrea Leismann ist bei der Kripo in Kaiserslautern eingesetzt. Sie ist total glücklich und von ihrer Arbeit begeistert. Aber einen kleinen Wermutstropfen musste sie hinnehmen: Dadurch, dass sie länger als drei Jahre beurlaubt



Die Kollegin **Andrea Leismann** mit **Jens Paulus** an ihrem neuen Arbeitsplatz bei der **Kriminaldirektion Kaiserslautern**.

war, ist sie in ihrer Entgeltgruppe von der Endstufe 6 in die Stufe 5 zurückgefallen. Nun braucht sie noch einmal fünf Jahre, um wieder die Endstufe 6 zu erreichen.

Unser Hinweis: Beschäftigte, die Elternzeit oder Sonderurlaub ins Auge fassen, sollten sich vorher genau informieren, welche Zeiten die Stufenlaufzeit hemmen und ab welchem Zeitpunkt ein Rückfall in die vorhergehende Erfahrungsstufe droht.

Der Kollegin Leismann wünschen wir auf jeden Fall alles Gute für ihre weitere Zukunft beim PP Westpfalz.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



PERSONALRATSARBEIT VOR ORT – PD TRIER

Schmitt bleibt und Zwank ist Vorsitzender

Ein Übergabegespräch – mit dabei Vertreterin Sabine Gubernator

DP: Jürgen, wie lange warst Du Vorsitzender und warum stellst Du die Funktion jetzt zur Verfügung?

Schmitt: Ich war rund drei Jahre Vorsitzender und bin zu der Überzeugung gekommen, dass vor dem Hintergrund der gravierenden Verjüngung unseres Präsidiums, die zweifelsohne vor uns liegt, ein junger Mann aus dem Wechselschichtdienst eine perspektivische Lösung ist.

DP: Also keine Enttäuschung oder Groll beim Blick zurück?

Schmitt: Keinesfalls, die Personalratsarbeit, auch die zwei Jahre im GPR, haben mir immer Freude bereitet, da gibt es sicher auch schwierige und unangenehme Situationen, das ist aber auch ein Reiz. Mein Ziel war es, die GdP in der PD Trier wieder so aufzustellen, dass sie ihrer Bedeutung als die Berufsvertretung der Polizei

entsprechend im ÖPR vertreten ist und dann rechtzeitig zu übergeben. Ich freue mich jetzt wieder auf meine „Jungs“ in Trier-Nord, denn ich mache wieder Polizeiarbeit im GSGJ. Im Personalrat bin ich weiter noch mit Rat und Tat dabei.

DP: Also zu Dir Heiko. Warum wolltest Du Personalratsvorsitzender werden?

Zwank: Wir haben diesen Wechsel schon langfristig vorbereitet, weil wir unsere Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit auf die Zukunft ausrichten wollten. Mich reizt an der Aufgabe, dass ich mich auf ganz vielen Gebieten einbringen und einarbeiten kann. Die Amtsführung durch Jürgen hat für mich in den letzten Jahren absolut Vorbildcharakter, sodass es nur Ziel sein kann, daran nahtlos anzuschließen.

DP: Das heißt ...

Zwank: Ein offenes Ohr nah bei den Kolleginnen und Kollegen. Schnelle und unbürokratische Problemlösungen finden und in vielen Gesprächen die Belan-



Das Vorstandsteam vom Örtlichen Personalrat bei der PD Trier: Heiko Zwank, Sabine Gubernator und Jürgen Schmitt Foto: GdP Trier

ge der Belegschaft vertreten. Dabei will ich die Dinge mit Ruhe und Sachlichkeit angehen, aber auch nicht vor dem Konflikt zurückzucken, wenn es nötig ist.

DP: Hört sich gut an. Geht das so alleine als Personalrat der PD Trier?

Zwank: Auf gar keinen Fall. Wir arbeiten in einem Netzwerk von Personalräten; im PP Trier und darüber hinaus. Es geht auch nur mit einer starken Gewerkschaft und guten Vertrauensleuten auf den Dienststellen. Das zeigt das Beispiel der Aktion „Wir brauchen Verstärkung!“ Eine deutliche Aktion im Wahlkampf wurde von unseren Vertrauensleuten bei der Konferenz im Dezember gefordert. Von den Verantwortlichen in den Kreisgruppen und der Bezirksgruppe aufgegriffen, bis zum Landesvorstand transportiert, der mit allen Mitteln unterstützt hat. Da hat Jürgen auch ganz schön mit Druck gearbeitet. Ich hoffe, da kann ich noch was lernen!

DP: Sabine, Du bist gewissermaßen der ruhende Pol zwischen den beiden. Wie ist Deine Wahrnehmung?

Gubernator: Meine Aufgabe ist natürlich, Problemstellungen aus dem Tarifbereich zu erkennen und zu bearbeiten. Dabei hatte ich von Jürgen immer große Unterstützung und das wird bei Heiko nicht anders sein. Beiden ist klar, dass unsere GdP den tariflich Beschäftigten ganz besonders verpflichtet ist.

DP: Manchmal lassen die „Herren Beamten“ ja für die Kolleginnen ein gutes Stück der Alltagsarbeit in der Geschäftsführung liegen. Ist das bei Euch auch so?

Gubernator: Auf gar keinen Fall. Ich habe den alten und den neuen Vorsitzenden immer so erlebt, dass ihnen keine Arbeit zu viel oder zu nieder war. Wir haben eine super Arbeitsatmosphäre.

Schmitt: ... und ich hatte eine super Vertreterin, die sich auch in alle Beamtenthemen mit Rat und Tat eingebracht hat. Da konnte in meinem Urlaub nichts anbrennen, Sabine kann in allen Themen wechseln.

DP: Das hört sich nach einem guten Team an, das sich gegenseitig ergänzt.

Jürgen, willst Du den Leserinnen und Lesern oder Deinem Nachfolger noch etwas mit auf den Weg geben?

Schmitt: Als Personalrat – insbesondere in der Freistellung – übernimmst du die Rolle als Vertreter der Kolleginnen und Kollegen. Da musst du das Gespür für die Nöte und Sorgen der Kolleginnen und Kollegen immer wieder neu schärfen. Du musst Respekt für deine Gesprächspartner in der Dienststellen- und Behördenleitung haben und wissen, dass die auch ihre Rolle spielen.

Schwerer wird es, wenn du in deine Rolle als Gewerkschafter wechselst, um Dinge auf der politischen Schiene zu bewegen. Das sind die dicken Bretter und da bohren wir alle gemeinsam weiter.

DP: Vielen Dank für das Gespräch und weiter so in der Personalratsarbeit.



100 Tage Rot-Grün-Gelb: Ein Auftragsbuch

Die Koblenzer Rhein-Zeitung hatte aus Anlass der ersten 100 Tage der Landesregierung Fragen an die GdP. Landesredakteur Bernd Becker hat diese Fragen und Antworten für die Chefreporterin zusammengestellt – leider bis dato unveröffentlicht. Den DP-Lesern wollen wir den Text nicht vorenthalten und wer arbeitet schon gerne für die Ablage „P“.

100 Tage neue Landesregierung. Wie ist die Bilanz der GdP?

BB: Dieses Mal stehen zum Thema Sicherheit die richtigen Ansätze im Koalitionsvertrag. Jetzt kommt es darauf an, ob die beschriebenen Ziele mit Geld hinterlegt und umgesetzt werden. Wir sehen ein Auftragsbuch, noch keine Bilanz.

Was bedeutet das konkret, beispielsweise beim Personal?

BB: 2011 wurden für fünf Jahre 300 Einstellungen geplant. Wenn es uns nicht gelungen wäre, am „Runden Tisch Polizei“ eine Korrektur hinzukriegen, wären aktuell über 100 Leute weniger im Dienst und wir würden noch zwei Jahre weiter stark schrumpfen. Im aktuellen Koalitionsvertrag stehen 500 Einstellungen pro Jahr. Die Landesregierung hat uns jetzt zugesagt, dass diese Einstellungslinie mit dem Ziel verbunden ist, in 2021 9160 Vollzeitäquivalente im Dienst zu haben. Wenn dazu die 500 nicht ausreichen, wird frühzeitig nachgesteuert. Das hat die Ministerpräsidentin zugesagt.

Und damit sind Sie zufrieden?

BB: Das sind dann immerhin etwa 260 mehr, als wir jetzt haben und 360 mehr, als uns aus Schuldenbremsengründen im letzten Jahr zugestanden wurden. Unser Ziel bleiben aber 10 000 Polizistinnen und Polizisten, weil wir der Überzeugung sind, dass sie gebraucht werden. Dazu muss die Einstellungsrate 500 noch einige Jahre länger fortgeführt werden – bestenfalls in etwas angehobener Form. Kontinuität über viele Jahre ist bei den Einstellungen das Allerwichtigste.

Wofür wird mehr Personal gebraucht?

BB: Polizeiarbeit hat sich verändert und wir zeichnen das in den Personalstärken nicht nach. Wechselschichtdienst rund um die Uhr wird zusehends

anspruchsvoller und belastender und die GdP will, dass die Polizei auch in der Fläche präsent bleibt. Die Personalentwicklung ist aber gegenläufig: In den letzten zehn Jahren ist der Schichtdienst um über 500 Mann und Frau geschwächt worden. Das muss repariert werden. Es ist nicht länger möglich, die kleineren Dienststellen aus dem Fleisch der größeren funktionsfähig zu halten.

Im Ermittlungsbereich fordern uns Digitalisierung und Internationalisierung der Kriminalität heraus. Kriminalität rund um das Internet explodiert geradezu und wird übrigens nur zum Teil statistisch erfasst. Vor allem in Bereichen der Kriminalpolizei, die besonders sozialschädliche Kriminalität bekämpfen – ist großer Personalbedarf. Die Bildung von Ermittlungsgruppen zur Be-



GdP-Vize und Landesredakteur Bernd Becker

kämpfung der internationalen Eigentums kriminalität bei den Präsidien war zweifelsohne erforderlich, wie auch die Verstärkung des Landeskriminalamtes. Aber diese Personalverschiebungen reißen an anderen Stellen Löcher, die von den verbliebenen Kolleginnen und Kollegen nicht mehr geschlossen werden können.

Der dritte große Aufgabenbereich ist das Einsatzgeschehen. Mit dem neuen Polizeipräsidium Einsatz steht das richtige Stichwort im Koalitionsvertrag. Aber wenn wir professionelle stehende Hundertschaften haben wollen, geht auch das nicht ohne Personal. Nur so können wir den unhaltbaren Zustand abmildern, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Wechselschichtdienst heraus an Tagen, die sie eigentlich zur Erholung bräuchten, in den Einsatz müssen.

Aber es heißt doch immer, dass eine gute Technik Personal einspart.

BB: Das gilt zum einen nicht für jede Technologie und zum anderen muss man die gute Technik erst einmal haben. Auch hier stehen die richtigen Stichworte im Koalitionsvertrag und harren der Finanzierung. Wir brauchen händeringend Investitionen in eine zeitgemäße Einsatzleitsystem, verbunden mit deutlichen Verbesserungen bei der Annahme und Abarbeitung von Notrufen und mit dem Einsatz von „smarten“ Streifenwagen, aus denen es über Luftschnittstelle einen Zugang zu allen IT-Anwendungen der Polizei gibt.

Ein bundeseinheitliches Sachbearbeitungsprogramm – bundesweit recherchefähig – sollte alsbald angegangen werden, insbesondere, wenn der Bund bereit ist, bei der Finanzierung einzusteigen. Dasselbe gilt für den bundesweiten Informations- und Auswerteverbund. Das sind Projekte, die nicht nur für die Entwicklung, sondern auch im Betrieb wieder Personalbedarf auslösen. Die Möglichkeit, Fachleute, etwa Wirtschaftsprüfer oder IT-Spezialisten, in die Polizei zu integrieren, muss noch stärker genutzt werden; ohne attraktive Bedingungen wird das aber nicht gehen und auch nicht auf Kosten von Personalstellen aus dem Polizeibereich.

Den Erkenntnissen muss die Finanzierung folgen. Statt aus wahltaktischen Gründen über Steuersenkungen zu fabulieren, sollten die Länder in die Lage versetzt werden, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Und im Land sollte vor der Kür die Pflicht finanziert werden. Innere Sicherheit ist Pflicht.

Wie ist die demografische Situation der Polizei?

BB: Ein gutes Drittel der rheinland-pfälzischen Polizisten ist über 50 Jahre alt. Etwa 1000 sind eingeschränkt dienstfähig. Das bedeutet, dass wir in den kommenden Jahren einen großen Teil der Polizei austauschen werden. Die GdP setzt sich mit Herzblut dafür ein, dass die „Alten“ noch ohne weitere Gesundheitsschäden in die Pension gehen können und die jungen Kolleginnen und Kollegen, die zu uns kommen, weniger gesundheitsschädliche Arbeitsplätze vorfinden. Der Innenminister hat das Projekt „Gesünderes Arbeiten in der Polizei“ ins Leben gerufen, das gleich mit dem dicksten Brocken – dem Wechselschichtdienst

Fortsetzung auf Seite 5



NACHRUF FÜR EINEN DIENSTHUND

GdP-Kollege Miko ist tot

Diensthund Miko 2014

Foto: Zimmermann

Diensthund Miko war 2014 das Hundegesicht der erfolgreichen GdP-Aktion zur Verbesserung der Haltungsbedingungen für „pensionierte“ Diensthunde der rheinland-pfälzischen Polizei.

Wie der Kollege **Joachim Zimmermann** jetzt mitteilt, ist Miko am Sonntag,

dem 17. Juli 2016, im hohen Alter von 15 Jahren über die „Regenbogenbrücke“ gegangen“. Er hat bis dahin seinen „Ruhestand“ in der Familie des Kollegen verbracht.

2014 ging es darum, die Pflegepauschale für ausgesonderte Diensthunde zu erhöhen und der Haltereigenschaft des Landes gerecht zu werden. Miko illustrierte einen größeren Artikel im

Landesteil der DEUTSCHEN POLIZEI, in dem sein „Herrchen“ die Problematik erläuterte. Die Aktion fand große Beachtung und Miko entwickelte sich mit über 5000 Facebook-Likes zum Publikumsrenner.

Das Engagement von Herr und Hund sowie der GdP als starkem Gewerkschaftspartner führte im Januar 2016 zur Erfüllung der Forderungen. Es wurde erreicht, dass die Diensthundeführer des Landes zwischen einem Pflegevertrag oder der Schenkung des Diensthundes wählen können. Im Rahmen des Pflegevertrages werden dann alle anfallenden Tierarztkosten übernommen. Auch wurden die monatlichen Pflegepauschalen, nicht nur der alten Diensthunde sondern auch der aktiven Diensthunde, nach über 30 Jahren den heutigen Preisen angepasst. Auch Miko bzw. der Kollege Zimmermann konnten von dieser Verbesserung noch profitieren.

Joachim Zimmermann möchte sich auf diesem Wege auch ausdrücklich bei Herrn IdP **Jürgen Schmitt** für die Umsetzung des Pflegevertrages und die damit verbundenen Erhöhungen der Pflegepauschalen bedanken.

Gewerkschaftskollege Miko

Unsere Diensthunde sind der Polizei oftmals Freund und Helfer. Diensthund Miko in ganz eigener Weise, sozusagen als tierischer Gewerkschaftskollege.

Fortsetzung von Seite 4

– an den Start gegangen ist. Es geht dabei aus GdP-Sicht darum, wirklich die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das wird vor allem durch Personalverstärkung zu erreichen sein, weil dann die individuelle Belastung sinkt und nicht zur Beanspruchung wird. Und fest steht aus unserer Sicht auch, dass im vollkontinuierlichen Wechselschichtdienst eine 40-Stunden-Woche weder gesundheitschonend, noch rechtmäßig darzustellen ist. Wir brauchen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Menschen die Schicht- und Nachtarbeit leisten.

Im Koalitionsvertrag stehen auch die Stichworte „Zentrale Stelle für Gesundheit“ und „Heilfürsorge“. Was hat es damit auf sich?

BB: Erst einmal: Wir reden über GdP-Projekte, die wir seit Jahren hartnäckig verfolgen. Das Thema Heilfürsorge wird im parlamentarischen Raum sowie im Innen- und dem Finanzministerium ernsthaft bearbeitet. Es geht darum, dass den besonderen Pflichten von Polizistinnen und Polizisten auch eine besondere Fürsorge beim Thema Krankenversicherung gegenüberstehen soll, beispielsweise durch Präventivkuren für Schichtdienstleistende. Gleichzeitig besteht die Chance, dass nicht nur die Beschäftigten nennenswert Geld sparen, sondern auch das Land. Was in Baden-Württemberg und anderen Ländern geht, sollte auch bei uns gehen. Die Zentrale Stelle für Gesundheit ist bereits Thema in Arbeitsgruppen. Dahinter steckt die Idee, Betriebsmedizin, amtsärztliche Aufgaben,

kurative Medizin, Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement an einer Stelle landesweit zu koordinieren, was dadurch begünstigt wird, dass die Polizei ohnehin über Polizeiarzte verfügt. Ein langjähriges Anliegen der GdP.

Haben wir ein Thema vergessen?

BB: Wir sind in Konkurrenz mit anderen Ländern und dem Bund um die besten Köpfe und Körper für die Polizei. Deshalb muss das Besoldungsdefizit gegenüber unseren Nachbarn aufgearbeitet werden, zumindest müssen die Tarifverträge zeit- und inhaltsgleich übernommen werden. Die Einführung der Heilfürsorge würde unsere Position deutlich verbessern und mit der ersten Beförderung in die Besoldungsgruppe A 10 als Regelbeförderung hätten wir ein weiteres gutes Werbeargument.



Grünes Licht für GPS-Ortung

Die Septembersitzung des HPRP war – nicht zuletzt wegen einiger Auslandsverwendungen und der zu regelnden Erstverwendung der Masterabsolventinnen und Masterabsolventen – dominiert von Personalmaßnahmen. Mit der Zustimmung zum Einstieg in die GPS-Ortung trägt der Hauptpersonalrat einen Meilenstein bei den Themen Eigensicherung und Einsatzsteuerung mit.



Berichte

Den Behörden und Einrichtungen werden jetzt insgesamt 9 Beamtenstellen A 10 zur Einstellung von IT-Fachleuten zur Verfügung gestellt.

Einrichtung einer AG Video

Eine AG soll sich mit der Frage befassen, inwieweit – beispielsweise bei Großeinsätzen – Videotechnik noch besser eingesetzt werden kann.

Persönlichkeitsstrukturtest

Dr. Thielges von der HdP stellt dem Gremium das Konzept eines Persönlichkeitsstrukturtests im Auswahlverfahren für Polizeibewerber vor.

Auftrag sei gewesen, ein Verfahren zum Test von „Stressstabilität“ zu entwickeln.

Das Thema konnte nicht abschließend behandelt werden, da die örtlichen Gremien vor der Sitzung noch nicht angehört werden konnten. Der HPRP formuliert nach eingehender Befassung zahlreiche Fragen und sieht Erörterungsbedarf.

Projekt Anpassung der Zentralen Bußgeldstelle

Der erneuten Vorlage des MdI zur Einrichtung eines Projektes zur Ausweitung der Zentralen Bußgeldstelle hat der HPRP in Ermangelung von relevanten Ablehnungsgründen zugestimmt.

Im Kern geht es um die Beschaffung von 15 stationären und semistationären Messanlagen und die Einstellung von ca. 190 zusätzlichen Beschäftigten

sowie der Etablierung einer großen Außenstelle in Zweibrücken.

Der HPRP entsendet Vertreter in das Projekt und die drei Arbeitspakete.

GPS-Ortung im Digitalfunk

Markus Moog und Jens Hoffmann von der ZPT stellen dem Gremium das Konzept zur „Einführung des Basisdienstes GPS im Digitalfunk“ vor.

Es geht dabei um die technische Möglichkeit zur Ortung von Endgeräten des Digitalfunks. Ziel der Technik sei es, Einsatzsteuerung und Eigensicherung deutlich zu verbessern. Ein künftiges Einsatzleitsystem sei ohne Ortung nicht vorstellbar.

Nach eingehender und kritischer Diskussion überwiegen für den HPRP die Vorteile der Ortung. Das Gremium stimmt zu.

Gleichwohl sind weitergehende Regelungen zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen erforderlich, insbesondere, wenn es um Fragen der Speicherung gehen wird.

Die Gäste haben etliche Ideen und Anregungen dankbar aufgenommen, insbesondere im Hinblick auf Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit nach innen.

Die Ortung wird mit einer Testphase im PP Mainz starten, weil dort die neueste Generation der „ZAVT-Zentralen Abfrage und Vermittlungstechnik“ und die erforderliche Visualisierungstechnik vorhanden ist.

**Ernst Scharbach,
Heinz Werner Gabler**

Ballistischer Schutz und Bewaffnung



In einer Sondersitzung im August hat der Hauptpersonalrat Polizei der Beschaffung von 860 „First-Responder-Helmen“, zertifiziert nach VPAM 3, zugestimmt.

Ebenso fanden die Ausschreibungskriterien für eine Überwurfweste als Trägersystem für ballistische Platten die Zustimmung des Gremiums. Die Brustplatte leistet VPAM 9 (altes Natokaliber mit Stahlkern) und alle anderen Platten VPAM 6 (Kalaschnikow mit Weichkern).

Ebenfalls ausgeschrieben werden Präzisionszieleinrichtungen für rund 500 MP 5.



**PSW-Reisen GbR, Thomas Cook Reisebüro ist jetzt auch ein
„Geprüftes Gesundheitsreisebüro“**

Liebe Leserinnen und Leser,

heute stelle ich Ihnen vor, wie Sie eine Kurreise oder auch eine Präventionsreise mit uns gestalten und dabei sehr viel für Ihre Gesundheit tun können und von Ihrer Krankenkasse dafür mit einem Zuschuss noch belohnt werden. Durch Fortbildung meiner Mitarbeiterinnen haben wir eine Zertifizierung als „Geprüftes Gesundheitsreisebüro“ erhalten. Wir haben Kompetenz in der Beratung von Kurreisen, Präventionsreisen, Vitalreisen und Wellnessreisen.

Unsere Kurreisen enthalten immer ein Kurpaket, das den Vorgaben der Krankenkassen entspricht, damit Sie von einer Kostenbeteiligung Ihrer Krankenkasse profitieren können.

Die Präventionsreisen bieten Ihnen variationsreiche Programme, damit Sie Ihr Ziel erreichen. Diese Kurse erfüllen auch immer die Qualitätsstandards der Krankenkassen und werden bis zu 75 Euro pro Kurreise bezuschusst.

Machen Sie also Urlaub und Sie können auch noch sehr viel für Ihre Gesundheit tun, damit Sie wieder fit werden.

PSW-Reisen GbR hilft Ihnen bez. des Antrags für eine ambulante Vorsorgekur bei Ihrer Krankenkasse und auch bei Präventionsprodukten können wir nachfragen, wie viel Sie von Ihrer Krankenkasse als Zuschuss erhalten.

Die Zuschüsse können bei den Krankenkassen verschieden sein.

Es ist auch nicht immer eine ärztliche Indikation nötig.

Rufen Sie uns einfach an, wir beraten Sie gerne.

Nachfolgend zwei Beispiele von Kurreisen:

Hotel Lambert, Henkenhagen/Polen, Ostsee

15 Tage, Kurreise

Leistungen: DZ,HP, Eingangsuntersuchung, 20 Anwendungen

Gesamtpreis: € 398,-

Rückerstattung GKV Medizinische Leistung Arzt und Heilmittel

- € 120,

Unterkunft/Verpflegung 15 x €13,-, von Ihnen noch zu zahlen € 83,-

Thermen Club Hotel Bad Füssing

16 Tage, Kurreise

Leistungen: DZ, Vollpension, Eingangsuntersuchung,

20 Anwendungen

Gesamtpreis: € 1.178

Rückerstattung GKV Medizinische Leistung Arzt und Heilmittel

- € 420,-,

Unterkunft u. Verpflegung, € 195,-,

Neue Angebote Kurreisen:

Urlaub und Kur In Swinemünde/Polen/Ostsee, Hotel Kaisers Garten:

z.B. am 08.10.16, 7 Nächte HP/DZ, 10 Anwendungen pro Woche und vieles mehr: € 278,- p.P.

Entspannen in Kolberg/Westpommern/Ostsee, Hotel Olymp II:

z.B. am 29.10.16, 7 Nächte HP/DZ, 2 Kuranwendungen pro Werktag und vieles mehr: € 289,-p.P.

Neue Angebote Präventionsreisen:

Ahorn Seehotel Templin/Deutschland, Brandenburg:

Inkl. zertifizierte Gesundheitskurse, HP plus u.v. mehr, 4 Nächte ab € 225,-

Lindner Sporthotel Kranichhöhe, NRW, 3 Nächte HP ab € 256,-

Vitalhotel Wiedemann, Bayern, Allgäu, Füssen

3 Nächte HP im DZ mit großem Präventionsprogramm, bis zu 150 Euro Krankenkassen-Zuschuss möglich ab € 315,-

Wir haben für Sie vielfältige Angebote auch in anderen Orten. Fragen Sie uns einfach. Wir beraten Sie gerne und finden für Sie das richtige Heilbad oder Hotel. Denken Sie daran, dass die vorstehenden Preise sich ohne die Zuschüsse Ihrer Krankenkasse verstehen.

Bei verschiedenen Angeboten sind Abholungen mit dem Bus, bez. Anreise mit der Bahn (fakultativ) möglich.

Nutzen Sie Ihre Chance.



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas Cook
Reisebüro

Frau Alexandra Grün
Tel.: 06703 - 305 502
Fax: 0711 - 57 99 12

www.psw-reisen.de
argruen@psw-reisen.de



WASSERSCHUTZPOLIZEI

WSP-Boote nicht mehr öffentlich orten



„WSP 16“ am Anleger; der Standort wird ständig mit „AIS“ geortet und im Internet veröffentlicht. Das kann nicht sein, sagt die GdP. Foto: GdP-Kreisgruppe

Norman Müller und Parick Kirf von der GdP-Kreisgruppe der Wasserschutzpolizei hatten jetzt einen Termin beim Inspekteur der Polizei, Jürgen Schmitt, um sich für eine Ausnahmeregelung von der Pflicht zur Standortübermittlung mit „AIS“ einzusetzen. Begleitet wurden sie von Ernst Scharbach und Dieter Engemann von der Landes-GdP.

Für Landratten zur Erklärung:

Jedes mit Inland-AIS (Automatic Identification System) ausgestattete Schiff sendet ein eigenständiges Funk-signal über seine Erkennungs- und Positionsdaten aus und empfängt die Daten der anderen, in der Umgebung befindlichen, Schiffe. Hierdurch kann der Schiffsführer, z. B. in kurvigen Streckenabschnitten, oder bei schlechter Sicht, bereits vor dem optischen bzw. Radar-gestützten Erkennen anderer Schiffe, diese wahrnehmen und so den

anstehenden Verkehrsvorgang besser koordinieren.

Kleinfahrzeuge (Fzg unter 20 m Länge) sind von der Verpflichtung jedoch ausgenommen, da sie größtenteils gar nicht die Möglichkeit haben, das System zu installieren.

Die Ausnahme unter den Kleinfahrzeugen bilden die mit Radar ausgerüsteten Boote der Wasserschutzpolizei. Sie sind verpflichtet, AIS-Daten auszusenden. Dies darf nur unterbleiben, wenn die Übermittlung der AIS-Daten die Erfüllung polizeilicher Aufgaben gefährden würde.

Nun hat aber die Amtsleitung der WSP für das Erkennen solcher Ausnahmen enge Regelungen getroffen und sieht die Verantwortung beim Bootsführer.

Die GdP-Delegation stieß beim Inspekteur der Polizei auf Verständnis mit der Forderung, die Polizei generell von der Pflicht zur Standortübermittlung auszunehmen. „Stellen Sie sich vor, jeder Streifenwagen könnte im Internet beobachtet werden“, machte Norman Müller deutlich, worum es der GdP geht.

Einheitliche Regelung

Inspekteur Schmitt sagte zu, sich auf Ebene der Innenministerkonferenz für eine einheitliche Regelung für alle Länder einzusetzen und den Sachverhalt im UAFEK (Unterausschuss Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung) vorzutragen.

Auch bei anstehenden Gesprächen mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit will Schmitt AIS thematisieren.

Patrick Kirf

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Harald Budell und Wolfgang Lesmeister, KG PD Kaiserslautern
Norbert Mostert, KG PP/PD Mainz
Dieter Mürlebach, KG PP/PD Koblenz
Manfred Au, KG Rhein-Nahe
Katharina Schuster, KG Vorderpfalz

75 Jahre

Rolf Andres, KG PD Kaiserslautern
Helmut Birkelbach, KG PP/PD Koblenz

80 Jahre

Hermann Marx, PP/PD Koblenz

90 Jahre

Alois Mindnich, KG Rhein-Nahe

95 Jahre

Irmgard Bauer, KG Vorderpfalz

WIR TRAUERN UM

Werner Ziemba,
86 Jahre,
KG PD Kaiserslautern

Emil Stegner
83 Jahre
KG PP Trier

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Bernhard Odenwald und Emil Pahle,
KG Südpfalz

Reinhard Heuser und Karl Ortseifen,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

Herbert Bender, Herbert J. Schunk, Udo Waldorf und Hildegard Höwer-Resch,
KG PP/PD Koblenz

